



© Fotolia

„Es gibt ein Leben nach dem Brexit“

CHRISTIAN KEUSCHNIGG, LEITER DES WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN ZENTRUMS WIEN (WPZ), ÜBER ISOLATIONISTISCHE TENDENZEN, DIE ANGST VOR DER GLOBALISIERUNG UND DIE ZUKUNFT DER EU.

Wie kann man sich die verstärkten isolationistischen Tendenzen, die wir derzeit erleben und die sich etwa im Brexit oder den globalen Handelskonflikten äußern, erklären?

Ich habe den Eindruck, dass Entwicklungen wie der Brexit überwiegend keine ökonomischen Ursachen haben, sondern auf eine Reihe von Themen zurückzuführen sind. Ein bestimmendes dürfte dabei die Angst vor der Globalisierung und ihren Folgen sein. Im Falle des Brexit hat sicherlich Einwanderung

bzw. die Migration innerhalb der EU eine Rolle gespielt. Speziell der starke Zuzug von Polen nach Großbritannien hat dort – trotz wirtschaftlicher Vorteile – Probleme in der Wahrnehmung der Bevölkerung verursacht, die wir auch aus anderen EU-Ländern kennen.

Steht die Globalisierung etwa vor dem Ende?

Das glaube ich nicht, aber die Globalisierung hat nicht nur vielen Ländern viel Wohlstand gebracht, sondern ist zweifellos auch ►



© Foto Willie

„ENTWICKLUNGEN WIE DER **BREXIT** HABEN ÜBERWIEGEND **KEINE ÖKONOMISCHEN URSACHEN.**“

Christian Keuschnigg, Leiter des Wirtschaftspolitischen Zentrums Wien

mit Nachteilen verbunden. Ein Problem ist in diesem Zusammenhang, dass die Vorteile der Globalisierung, wie zum Beispiel die Chancen der innovativen Exportunternehmen, nicht auf den ersten Blick sichtbar sind, negative Folgen wie verstärkter Wettbewerb und Arbeitsplatzverluste aber sehr wohl.

Was kann man also tun, um den Menschen die Angst vor der Globalisierung zu nehmen?

Jedes Land muss darauf achten, dass die Vorteile der Globalisierung nicht nur bei einigen wenigen ankommen, sondern bei möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern. Dafür müssen die Grundlagen für Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitenden gestärkt werden. Globalisierung bedeutet Struktur-

wandel und damit Wandel der Arbeit. Daher muss vor allem in Bildung, Umschulungen und lebenslange Weiterbildung investiert werden. Man muss den Menschen Sicherheiten bieten, damit sie die Globalisierung akzeptieren. Deshalb spielt auch der Sozialstaat in einer offenen Wirtschaft eine wichtige Rolle.

Wie wird es nach dem Brexit mit der EU weitergehen? Erwarten uns nun möglicherweise weitere Austritte?

Zuallererst muss gesagt werden, dass es sowohl für die EU ein Leben nach dem Brexit

als auch für Großbritannien ein Leben nach dem EU-Austritt gibt. Ich habe den Eindruck, dass nach den mühevollen Brexit-Verhandlungen der letzten Wochen und Monate so manchen der Appetit auf einen EU-Austritt fürs Erste vergangen sein dürfte. Jeder hat gesehen, mit welchen formalen Schwierigkeiten der Austritt verbunden ist. Man hat auch gesehen, dass in kaum einem anderen Land in Europa die Bevölkerung so gespalten ist wie in Großbritannien. Auf der anderen Seite sind die EU-Mitgliedsstaaten selten so geschlossen aufgetreten wie bei den Brexit-Verhandlungen.

Kann Großbritannien den EU-Austritt durch verstärkten Handel mit anderen Ländern überhaupt kompensieren?

Nur teilweise. In den Wirtschaftswissenschaften gibt es den Begriff der Handelsumlenkungen. Fällt der Zugang zum EU-Markt weg, kann Großbritannien sicher mehr Handel mit anderen Ländern betreiben – ein gewisser Handelsumlenkungseffekt, mit dem der EU-Austritt teilweise wettgemacht werden kann, ist also durchaus gegeben. Einen großen Befreiungsschlag sollte man sich in diesem Zusammenhang allerdings nicht erwarten, netto bleibt es ein deutlicher wirtschaftlicher Verlust.

Was konkret bedeutet der Brexit für Großbritannien?

Der Brexit hat für Großbritannien vor allem zwei Folgen: wirtschaftliche Nachteile und einen gewissen Zugewinn an Autonomie. Gelingt es etwa, ein Brexit-Abkommen durch das Parlament zu bringen und Großbritannien in der Zollunion zu halten, können die negativen wirtschaftlichen Folgen des Brexit etwas reduziert werden. Das würde aber wiederum den Zugewinn an Autonomie relativieren. Wer am gemeinsamen Markt teilnehmen möchte, muss sich auch den Regeln der EU unterwerfen. Als ehemaliges EU-Mitglied kann dann Großbritannien nur mehr wenig Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen. Dem gegenüber steht ein gewisser Zugewinn an Autonomie in Bereichen wie Migration, Landwirtschaft und Fischerei. ■

ZUR PERSON

Christian Keuschnigg

Der Nationalökonom und Wirtschaftsforscher leitet seit 2015 das von ihm gegründete „Wirtschaftspolitische Zentrum Wien“ (WPZ). Davor war der gebürtige Tiroler unter anderem Direktor am Institut für Höhere Studien (IHS). Seit 2000 ist er zudem Professor für Nationalökonomie an der Universität St. Gallen.

Unternehmerbank **KONKRET**

AUSGABE 1/2019

AUSBLICK 2019

Österreich:

Überdurchschnittliche
Wachstumsdynamik

Brexit:

Es gibt ein
Leben danach

Handelskonflikte:

Am Ende sind alle
nur Verlierer